

Die europäische Dimension von Geschichtspolitik

Veranstalter: Arbeitskreis ‚Politik und Geschichte‘ in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) in Kooperation mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)

Datum, Ort: 17.06.2005-18.06.2005, Hamburg

Bericht von: Werner Tschacher, RWTH Aachen

Die diesjährige Frühjahrstagung des Arbeitskreises ‚Politik und Geschichte‘ fand im Gästehaus der Universität Hamburg statt und widmete sich dem Thema der europäischen Dimension von Geschichtspolitik. Als Vorstandsmitglied des Arbeitskreises führte Michael Kohlstruck (Berlin) in das Tagungsthema ein. Mit Blick auf die vielfältige Suche nach Gemeinsamkeiten, nach Ordnung und Legitimation für das politische Gebilde „Unionseuropa“ warf Kohlstruck zunächst die Frage nach der Rolle von geschichtspolitischen Akteuren und Akteursgruppen in den Konstitutions- und Selbstvergewisserungsprozessen politischer Kollektive auf. Bei diesen Akteuren handele es sich in erster Linie um politische Kontrahenten im öffentlichen Raum, darunter auch als „Wissensbevollmächtigte“ agierende Historiker, die „von oben“ in Deutungskämpfe eingreifen. Vor allem aber gehe es um die europapolitischen Strategien und Diskurse, die sich historischer Argumente bedienen. Schließlich: Wie wichtig sei überhaupt der Rückbezug auf die Geschichte, etwa im Vergleich mit den Wertediskussionen in einer politischen Kultur? Was mache die Spannung aus zwischen einer partikularen geschichtspolitischen Argumentation und dem argumentativen Bezug auf universalistische Werte?

Da die Tagung von aktuelleren politikwissenschaftlichen Beiträgen dominiert wurde, bildeten nicht die ersten europa-euphorischen beiden Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern der neuere, zuletzt arg in die Krise geratene politische Erweiterungs-, Integrations- und Identitätsbildungsprozeß der Europäischen Union den Schwerpunkt.

Eine gewisse Ausnahme bildete der Eröffnungsvortrag von Ingo Haar (Berlin), der sich mit dem bedeutenden Südosteuropa-Historiker Fritz Valjavec (1909-1960) einem geschichtspolitischen Akteur der NS-Zeit und Adenauer-Ära widmete. Haar zeigte am Beispiel der Beteiligung von Valjavec an der vom Bonner Vertriebenenministerium in

Auftrag gegebenen „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ personelle und ideologische Kontinuitäten nach 1945 auf. Dieses später von den namhaften Zeithistorikern Theodor Schieder, Hans Rothfels und anderen fertiggestellte Großprojekt fügt sich ein in revisionistische außenpolitische Zielsetzungen der Regierung Adenauer, die mit diesem Buntbuch Argumente für Grenzziehungen nach einem künftigen Friedensschluß bereithalten wollte. Zuletzt 2004 im dtv-Verlag als Taschenbuch wieder aufgelegt, soll die Dokumentation nicht nur „Ansprüche der Vertriebenenverbände auf ihre Rückkehr in die ‚Heimat‘“ rechtfertigen, sondern auch „die aktuelle Initiative des Bundes der Vertriebenen, ein Zentrum gegen Vertreibung zu errichten“. Der Vorgang belegt die aktuelle Wirkmächtigkeit vergangener Geschichtskonstruktionen als fragwürdige, die Zukunft Europas belastende Erbschaft.¹

Im Anschluß daran thematisierte Christoph Weiß (Montréal) die aktuellen, bekanntermaßen pro und contra ausgetragenen Debatten um den Türkei-Beitritt in der britischen, deutschen, französischen und italienischen Tagespresse, die teilweise mit historischen Argumenten geführt werden. Die historische Argumentation stelle, so Weiß, nur einen, aber dafür durchaus beachtlichen Teil der Debatte dar, die daneben mit ökonomischen, religiösen oder geostrategischen Argumenten geführt werde. In der Diskussion um die Europäizität der Türkei spiegelten sich unterschiedliche Konzepte einer EU-Identität und Diskurse wider, welche die momentane politische Kultur in Europa konstituieren. Die Debatte werde keineswegs von den eigentlich sachverständigen Orientalisten bestimmt, sondern von Historikern wie Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler, die gewissermaßen als geschichtspolitische Akteure in eigener Sache versuchen würden, mit ihren öffentlichen Beiträgen zugleich die schwindende Bedeutung der Geschichtswissenschaft durch einen gesellschaftlich nützlichen „Beitrag zum europäischen nation building“ zu konterkarieren.²

¹ Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, bearb. von Theodor Schieder, Bd. I/1-V, Bonn 1953-1961. Reprint: München 1984, 2004. Vgl. auch Michael Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931-1945, Baden-Baden 1999 und Matthias Beer, Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 345-389.

² Vgl. zum Thema Robert Carnevale, Stefan Ihrig, Christian

Christoph Kühberger (Greifswald) behandelte bildungspolitische Aspekte des europäischen Geschichtsbewußtseins im Spiegel von österreichischen Schulbüchern der gymnasialen Unterstufe. Aufschlußreich waren seine Befunde des untersuchten Europabildes: konzeptionell dominierten weiterhin traditionelle nationalstaatliche Vorstellungen; diadaktische Konzepte für eine eigenständige europäische Geschichte seien dagegen Mangelware; die EU erscheine lediglich als Endpunkt einer „konfliktreichen additiv nationalstaatlichen Annäherung“, ganz im Stile der klassischen Meistererzählung. Im Anschluß an Joachim Rohlfes³ konnte Kühberger weitere Perspektiven einer geschichtsdidaktischen Vermittlung Europas aufzeigen: das paradigmatische, an Beispielen orientierte und das integrative, mit Vergleichen operierende Verfahren. Die Überwindung traditioneller Geschichtsbilder im post-nationalen Denken läßt Europa nicht als abgeschlossenen, sondern als „osmotischen Raum“ erscheinen, der im Laufe der Geschichte nicht-europäische Kulturen assimiliert oder kulturelle Errungenschaften nichtassimilierter Kulturen aufgenommen habe.

Rüdiger Ritter (Bremen) warf am Beispiel von Polen, Litauen und Ungarn ein Licht auf die aktuelle Situation der osteuropäischen Beitrittsländer im Spannungsfeld zwischen überkommenen nationalen Gedächtnissen und dem Versuch, europäisches Geschichtsd Denken neu zu verankern. Bemerkenswert sind die von Ritter aufgezeigten Strategien und Methoden dieses Prozesses: Zunächst die Neudefinition der Mitte Europas (die nach ‚wissenschaftlichen‘ Messungen französischer Geographen nahe Vilnius zu finden sei) zur mentalen Neuverortung des mittel- und osteuropäischen Raumes, dann die demonstrative Berufung auf einen europäischen freiheitlich-demokratischen Wertekanon, ferner die Schaffung von Gründungsmythen wie etwa das lateinische Christentum als gemeinsame, im Gegensatz zum orthodoxen Christentum in Rußland stehende historische Grundlage Polens, Ungarns und Litauens oder auch die Rückführung der Rumänen auf das antike Volk der Daker. Ursprünglich nationale Gründungsmythen werden zu europäischen umge-

deutet, mit dem Ziel, auf diese Weise eine möglichst bruchlose Kontinuität zu stiften. Erschwert wird dies aber durch die Renaissance von Grenz- und Nationalitätenkonflikten zwischen den neuen Beitrittsländern sowie durch die Überschneidung von Gründungsmythen in verschiedenen ostmitteleuropäischen Nationen.

Axel Schildt (Hamburg) behandelte die geschichtspolitischen Dimensionen des Zusammenhangs zwischen lokalen, nationalen und europäischen Elementen von Memorialkultur. Gegen die Konjunktur des Transnationalen stellte Schildt am Beispiel Hamburgs den spezifischen Wert des Lokalen und Regionalen als Forschungsgegenstand heraus. Die lokale Identifikation über Feste und andere Erinnerungsorte gehe der nationalen Identifikation voraus. Citizenship werde in den Städten über „inszenierten Stolz“⁴ geschaffen. Weniger erfahrungsgesättigt als die lokale und nationale sei hingegen die europäische Erinnerung, bei der es sich ebenfalls um das Produkt einer Konstruktionsarbeit handele. Schildt benannte hier zukunftsweisende geschichtspolitische Forschungsfelder: die Exil- und Remigrationsforschung, die Integrationsforschung, die Rehabilitation von NS-Eliten als europäisches Phänomen, der Antisemitismus in den neuen Beitrittsstaaten oder die Infragestellung historischer Mythen. Das Ende der Cold-War-Civilization Anfang der 90er Jahre stelle eine markante Zäsur für die kollektiven Gedächtnisse und die Identitätssuche in Europa dar, etwa hinsichtlich der von Heinz Bude konstatierten geänderten Wahrnehmung des Nationalsozialismus und, damit verbunden, der Ausweitung des Täterkreises auf die ehemals besetzten Länder.

Helmut Heit (Hannover) deutete insbesondere die Präambel des Verfassungswerkes als historische Begründung des politischen Kollektivs Europa und seiner Ordnung, basierend auf einem ambitionierten Ursprungsmythos. Zu diesem Zweck verglich er den Präsidiumsentwurf vom 28. Mai 2003, den Konventsentwurf vom 18. Juli 2003 und die schließlich unterzeichnete Version vom 29.10.2004, um die „zunehmende Entkonkretisierung der Kurzgeschichte Europas“ aufzuzeigen. Die „fortgesetzte Entkernung der positiven und negativen Ursprungsmythen Europas“ konnte Heit vornehmlich an drei Punkten festmachen: am Umgang mit der griechisch-römischen Antike, am

Weiß, Europa am Bosphorus (er)finden? Die Diskussion um den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union in den britischen, deutschen, französischen und italienischen Zeitungen. Eine Presseanalyse, Frankfurt am Main 2005.

³ Joachim Rohlfes, Europa im Geschichtsunterricht, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 4 (2003), S. 245-259.

⁴ Vgl. Adelheid von Saldern unter Mitarbeit von Lu Seegers (Hg.), Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935-1975), Stuttgart 2005.

Streit über die Erwähnung des Christentums und am Rückbezug auf die dunklen Seiten der europäischen Geschichte. Die im Verfassungstext nun vorliegende „entkonkretisierte und idealisierte eurozentristische Erzählung“ liege darin begründet, daß offensichtlich ein auf dem Erbe universeller Werte gegründetes Selbstverständnis Europas im späteren Verfassungstext stärker als in den Entwürfen verankert werden sollte. Die Spannung zwischen nationalstaatlich-partikularen Interessen und dem weltbürgerlich-universalistischen Selbstverständnis stellt ein gravierendes architektonisches Problem Europas dar.

Wolfgang Bergem (Wuppertal) betonte die Resistenz nationaler Identifikationen, die Bindung an die Region, die binationale Identität von Migranten, partialnationales Empfinden wie in Ostdeutschland. Bergem favorisierte angesichts der ethnischen und kulturellen Pluralität in Europa, in der auch die unterschiedlichsten historischen Erfahrungen begriffen sind, den Bezug auf eine europäische Wertegemeinschaft. Die Bewußtwerdung der Europäer als Wertegemeinschaft werde aber durch das gegenwärtige strukturelle Defizit in der EU verhindert. Das in der Präambel des Verfassungsvertrages festgeschriebene und im politischen System der EU erkennbare Prinzip der Vielfalt in der Einheit ermögliche eine Anknüpfung an das vormoderne Herrschaftsgefüge des Heiligen Römischen Reiches. Ähnliches gelte für die im Maastrichter Vertrag von 1992 festgeschriebene außen- und verteidigungspolitische Identität Europas, die sich durchaus auf die im Westfälischen Frieden von 1648 realisierte europäische Friedensordnung zurückführen lasse, die als explizit christliche gegen den gemeinsamen muslimischen Feind, das osmanische Reich, errichtet worden war. Positiv definiert worden sei Europa hingegen zuerst im Kopenhagener Dokument über die europäische Identität von 1973, zuletzt im europäischen Verfassungsvertrag vom Oktober 2004 – Versuche, Grundwerte europäischer Identität auf der Grundlage universeller Menschenrechte zu benennen. Über diese unspezifischen universalistischen Werte hinaus konkretisiert sich Europa als Erinnerungs- und Erlebnisgemeinschaft immer häufiger über die politisch-geographische Abgrenzung zu anderen Erdteilen, gegenwärtig insbesondere gegenüber der US-amerikanischen Politik und gegenüber dem Beitritt der Türkei.

Leider wurde die Tagung nicht durch ein Fazit oder eine Schlußdiskussion abgeschlossen, was ei-

ne Synthetisierung der vorgetragenen Thesen ermöglicht hätte. Europa stellt eine angesichts innerer Widersprüche vor allem auf die Schaffung von Feindbildern gemünzte Konstruktion dar - das Produkt einer Identitätspolitik, die sich nach Bedarf des Rückgriffs auf Geschichte und Erinnerung bedient, ‚Störfälle‘ der Geschichte und lästiges Erbe aber mitunter auch auszublenden versucht. Das Spannungsverhältnis zwischen den historisch gewachsenen nationalstaatlichen und zahlreichen Partikular-Identitäten auf der einen und einer noch zu schaffenden europäischen Identität auf der anderen Seite stellt eines der wichtigsten aktuellen Probleme europäischer Politik dar. Inwieweit der alte, auf Westeuropa zentrierte Rückbezug auf Karl den Großen und das karolingische Reich als Grundlage der in der frühen Bundesrepublik kultivierten christlich-abendländischen Variante der Europaidee über lokale Begrenztheiten (Aachen) hinaus immer noch wirkmächtig ist oder als ‚Modell von gestern‘ bezeichnet werden muß, blieb ungeklärt.⁵ Insgesamt weckte die Tagung mit der Betonung aktueller politischer Wertediskussionen Zweifel an einem geschichtspolitischen Ansatz, der dem historischen Argument und dem Einfluß von geschichtspolitischen Akteuren, bei denen es sich zudem niemals um „Programm-Puppen“ handelt, eine umfassende Erklärungsmächtigkeit zuweisen wollte. Auch an diesem Punkt wäre ein konsequenter Epochenvergleich aufschlußreich gewesen, um Konjunkturen von Geschichtspolitik aufzuzeigen.

Tagungsbericht *Die europäische Dimension von Geschichtspolitik*. 17.06.2005-18.06.2005, Hamburg. In: H-Soz-u-Kult 04.08.2005.

⁵ Vgl. Matthias Pape, Der Karlskult an den Wendepunkten der neueren deutschen Geschichte, in: Historisches Jahrbuch 120 (2000), S. 138-181; Ders., Karl der Große - Franke? Deutscher? oder Europäer? Karlsbild und Karlskult in der Gründungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Jahrbuch für europäische Geschichte 4 (2003), S. 243-254.